

«Die Natur hat immer noch den Preis null»

Viele Staaten wollen 30 Prozent der Land- und Meeresflächen schützen. Dieses Ziel ist im Entwurf der globalen Biodiversitätskonvention für die Zeit von 2020 bis 2030 festgeschrieben. Ein Massensterben von Arten droht, wenn der Mensch der Natur nicht mehr Raum gibt. Zusätzlich soll sie als «Kapital» aufgefasst werden und ihre Nutzung soll bepreist und kompensiert werden. Das forderten Wissenschaftler am diesjährigen Forum Biodiversität Schweiz. Text und Fotos: Urs Rüttimann

«Unsere Zukunft hängt davon ab, ob wir der Zerstörung der natürlichen Systeme Einhalt gebieten können», sagt Florian Altermatt, Präsident des Forums Biodiversität Schweiz. Funktionierende Ökosysteme sind die Grundlagen des Lebens, wie der Ökologieprofessor der Universität Zürich und Leiter einer Forschungsgruppe des Wasserforschungsinstituts des ETH-Bereichs (Eawag) ausführt. Dazu gehören genügend Nahrung, trinkbares Wasser, saubere Luft und ein erträgliches Klima. Wird die Natur aus dem Gleichgewicht gebracht, sind immer mehr der rund 8,7 Millionen Arten gefährdet, die auf der Erde leben.

Mehr Raum für die Natur

Das revidierte internationale Übereinkommen über die biologische Vielfalt, die sogenannte Biodiversitätskonvention der Uno, will mit einer Reihe Verpflichtungen und Massnahmen bis 2030 natürliche Lebensräume schützen und wiederherstellen. Im Zentrum des Entwurfs zur globalen Biodiversitätsstrategie 2020 bis 2030 steht die Verpflichtung, mindestens 30 Prozent der Landesfläche und Meere unter Schutz zu stellen. Angestrebt werden soll eine Kombination von Schutzgebieten und anderen flächenbasierten Massnahmen wie beispielsweise Vernetzungsgebiete. Die Umsetzung müssen die einzelnen Staaten mit Plänen und Zwischenberichten belegen, die regelmässig kontrolliert werden. Für die nachfolgenden Jahre bis 2050 vertritt die neue Biodiversitätskonvention die Vision, der Mensch soll wieder im Einklang mit der Natur leben. Über das neue Vertragswerk hätte bereits 2020 entschieden werden

sollen. Aufgrund der Covid-19-Pandemie sind die Konferenzen dazu aber auf 2022 verschoben worden. Ein Beschluss wird im Spätsommer/Herbst an der Konferenz von Kunming in China erwartet.

Alle internationalen Übereinkommen über die biologische Vielfalt gehen auf die Konferenz von Rio de Janeiro im Jahr 1992 zurück. Dieses Vertragswerk zum Schutz der Biodiversität ist mittlerweile von 196 Staaten unterzeichnet. Eine Biodiversitätskonvention für die Zeit von 2010 bis 2020 wurde 2010 vereinbart, nach Verhandlungen an zehn internationalen Konferenzen über die Dauer von 16 Jahren. Die Bilanz für diese Phase ist ernüchternd: Keines der 20 vereinbarten Ziele ist auf globaler Ebene vollständig erreicht worden, und nur sechs Ziele sind teilweise erfüllt.

Droht ein Massensterben?

Rund 1 Million der 8,7 Millionen Tier-, Pflanzen- und Pilzarten sind global bedroht, die meisten von ihnen erst seit wenigen Jahrzehnten. Wenn diese in den nächsten Jahrzehnten aussterben würden, wäre dies ein Massensterben mit Folgen für die Menschheit. Über die Hauptursachen sind sich die internationalen wissenschaftlichen Organisationen im Umfeld der Biodiversitätskonvention im Klaren:

- Das Land und die Meere werden zu intensiv genutzt.
- Der Klimawandel setzt die Natur unter Druck.
- Die laufende Verschmutzung der Umwelt wird immer stärker spürbar.
- Invasive gebietsfremde Arten stören die angestammte Flora und Fauna.



Die Landnutzung des Menschen hat ein gefährliches Ausmass erreicht und könnte zu einem Massensterben von Pflanzen- und Tierarten führen.

- Das menschliche Konsumverhalten geht auf Kosten der natürlichen Ressourcen. «Um Biodiversität zu erhalten, ist aus wissenschaftlicher Sicht eine grosse Fläche erforderlich», sagt Markus Fischer, Professor für Pflanzenökologie an der Universität Bern. Nur so können sich genug grosse Populationen, die auch Umweltveränderungen aushalten müssen, langfristig erhalten. Je



grösser diese Fläche ist, desto grösser sind auch die Ökosystemleistungen. Eine Biodiversitätsfläche von 30 Prozent bis 2030 zu schaffen, beurteilt Fischer deshalb als gute Vorgabe. Zahlreiche wissenschaftliche Analysen beispielsweise aus Sicht der Populationsbiologie, aber auch Gutachten zum Bedarf an Ökosystemleistungen stützen diese Einschätzung.

«Das Ziel, 30 Prozent Biodiversitätsflächen weltweit festzulegen, hat klare Befürworter und Gegner», sagt Bruno Oberle zu den Verhandlungen hinter den Kulissen. Der ehemalige Direktor des Bafu (2005 bis 2015) ist seit zwei Jahren Generaldirektor der International Union for Conservation of Nature (IUCN) mit Hauptsitz in Gland (VD). Die 1948 gegründete IUCN engagiert sich breit für den Umweltschutz und für den schonenden Umgang mit Ressourcen, zurzeit haben indessen die Verhandlungen über die Biodiversitätskonventionen Priorität. Die Mitglieder setzen sich zusammen aus 92 Staaten und zahlreichen internationalen Nichtregierungsorganisationen.

«Die Treiber des Biodiversitätsverlustes sind allgemein bekannt: Die heutige Nahrungsmittelproduktion verursacht bis zu 80 Prozent des Artenschwunds», sagt Oberle. «Um zu essen, zerstören wir die Natur», spitzt er diese Aussage aus ökonomischer Sicht zu. Durch die Landwirtschaft entstandene Schäden können nur schwer in die politischen Entscheidungsprozesse integriert werden. Der Wert der Natur wird nicht mit einem ökonomischen Indikator bemessen. Ökologische Überlegungen zur Biodiversität fliessen bei Entscheidungen beispielsweise über Investitionen in neue Landwirtschaftsflächen nicht ein. «Natur hat immer noch den Preis null», sagt Oberle. «Deshalb wird sie genutzt, übernutzt und dabei zerstört. Langfristig hingegen kann die Menschheit so nicht ernährt werden.» Das Schlüsselproblem der Umweltzerstörung und des massenhaften Artenverlustes liegt für ihn daher in der fehlenden Kostenberechnung für Natur und Ressourcen.

Nutzer in die Pflicht nehmen

Für Oberle muss die Gegenstrategie auf das Ziel ausgerichtet sein, weniger von der Natur zu nehmen. Die Agrarflächen dürfen nicht weiterwachsen, und die Intensität der Landwirtschaft muss austariert werden. Denn die Nahrungsmittelproduktion darf die Ökosystemleistungen nicht weiter schwächen und zunichtemachen. Gleichzeitig muss in die Natur reinvestiert werden. Hinsichtlich der Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit und natürliche Ressourcen

«Bald 30 Prozent für Biodiversität in der Schweiz?»

Mehr zum Thema Seite 30

darf der Fokus nicht ausschliesslich auf den Investitionen in die Produktionsausrüstung und auf der Arbeitskraft und den Fähigkeiten liegen. Vielmehr muss die Wirtschaft für die Nutzung von natürlichen Ressourcen in die Pflicht genommen und beauftragt werden, die Natur und die Biodiversität zu erhalten.

Wichtig dabei ist der Flächenschutz für Lebensräume mit ihren spezifischen Ökosystemleistungen und ihrer spezifischen Artenvielfalt. Bereits haben die globalen Bemühungen für den Erhalt der Biodiversität von 2010 bis 2020 ermöglicht, dass 17 Prozent der Land- und Binnenwassergebiete und 10 Prozent der Küsten- und Meeresgebiete effektiv gemanagte und vernetzte Schutzgebiete werden sollen. «Zwar konnte man die Beschlüsse und Ziele der Biodiversitätskonvention für 2010 bis 2020 nicht ganz erreichen», so Oberle. «Doch der damit ausgelöste Schub für mehr Schutz der biologischen Vielfalt ist beachtlich.» Denn obschon das Biodiversitäts-Übereinkommen nur «Soft Law», also Absichtserklärungen ohne eine verbindliche Verpflichtung sind, kam innerhalb von zehn Jahren neu eine

Artenförderung benötigt mehr als 30 Prozent

Ein Anteil von 33 Prozent Biodiversitätsflächen kann in der Schweiz die biologische Vielfalt und die Ökosystemleistungen erhalten, besagt eine Expertenbefragung mit zusätzlicher Literaturstudie. Um Artenvielfalt nicht bloss auf einem tiefen Niveau zu ermöglichen, sondern sie auch zu fördern, brauche es hingegen einen Flächenanteil von deutlich über 30 Prozent, sagt auch Markus Fischer, Professor für Pflanzenökologie an der Universität Bern. «Ein transformativer Wandel zu mehr Nachhaltigkeit auf allen Flächen ist deshalb langfristig wirksam. Dazu müssen sie so nachhaltig wie möglich bewirtschaftet wer-

den. Voraussetzung dafür ist, dass die Umweltkosten abgewälzt werden.»

«Im Moment warten alle die Entscheide der internationalen Verhandlungen ab», sagt Fischer. «Doch die Signale, dass gehandelt werden muss, um die biologische Vielfalt zu erhalten, sind klar.» Wichtig ist für das Bewusstsein, dass sich der ökologische Fussabdruck der wirtschaftlich starken und konsumfreudigen Schweiz zur Hälfte aus Ressourcenverbrauch im Ausland zusammensetzt. Daraus ergibt sich auch international eine Verantwortung, sich für den Schutz der Natur zu engagieren.

Biodiversitätsschutzfläche in der Grösse Russlands hinzu.

Für Oberle ist dies ein Erfolg. «Doch dieses Ziel sollen wir jetzt auf 30 Prozent ausweiten. Insbesondere kleine und dicht besiedelte Länder werden Schwierigkeiten haben, Flächen ausfindig zu machen, in denen die Natur den Vorrang hat.» Wichtig wird die Sichtweise, welche Nutzungen auf diesen neuen Flächen zugelassen werden. Die Landwirtschaft beispielsweise muss zu Auflagen verpflichtet werden, damit neue Biodiversitätsflächen ausgewiesen werden können. «Die Wissenschaftler und Politiker müssen sich in anspruchsvollen Diskussionen mit den Methoden der Nahrungsmittelproduzenten auseinandersetzen.»

Biodiversität ist schwierig zu bewerten

Die Qualität des Schutzes zu regeln ist eine weitere Herausforderung. Heute hat weltweit über die Hälfte der Landflächen einen Schutzstatus. «Vielfach ist der Schutz aber ein Papiertiger. Er erfüllt die Eigenschaft und das Ziel für eine solche Fläche nicht.» Die IUCN bietet deshalb beispielsweise die «Grüne Liste» mit einer Zertifizierung an, der aufbauende Kriterien für die Güte zugrunde liegen. Die Qualität der geschützten Fläche kann damit über die Jahre gesteigert werden. Für diese Gebiete gelten klare Regeln, und sie müssen am richtigen Ort sein. Soll die Biodiversität erhalten und gefördert werden, so ist eine vielfältige Typologie von Landschaften mit spezifischer Artenvielfalt notwendig, insbesondere auch in Gebieten, die vom Menschen stark besiedelt sind.

Staatsgrenzen dürfen gemäss Oberle für die Erreichung des 30-Prozent-Ziels kein Hindernis sein. Dicht besiedelte und kleine Länder sollen anderswo den Schutz für biologische Vielfalt finanzieren können. Die Länder unterscheiden sich in der Siedlungsdichte, im Reichtum an Gebieten mit hoher Biodiversität, in der Finanzkraft und im Wissen über die Biodiversitätskrise: «Diese Vielfalt muss bei Neuaufgaben des Biodiversitätsübereinkommens berücksichtigt werden. Die Verantwortung der einzelnen Staaten ist unterschiedlich bei dieser gemeinschaftlichen Aktion.» Für kleine, bevölkerungsreiche und wohlhabende Länder soll es deshalb auch möglich sein, anderswo Biodiversitätsprojekte zu finanzieren und nach der Umsetzung zu betreuen. Leistungen für mehr biologische Vielfalt sollen handel- und kaufbar werden, unter Einbezug des privaten Sektors. Das Prinzip der Bepreisung von Ressourcennutzung hat die Wirtschaft im Fokus: Schäden an der Natur müssen kompensiert werden.



Die Natur ist fragil. Ihr Schutz wird verbessert, wenn man Umweltschäden kompensieren muss.

Wissenschaftler fordern griffiges Gesetz

Am diesjährigen Online-Forum Biodiversität Schweiz nahmen über 500 Zuhörer teil. Referenten aus Wissenschaft, Umweltorganisationen und Behörden setzten sich mit dem globalen Biodiversitäts-Übereinkommen auseinander und fragten nach dessen Bedeutung für die Schweiz. Sie erörterten, wie das Ziel, mindestens 30 Prozent der Landesfläche für die Förderung der Biodiversität zu schützen, umgesetzt werden kann und welche Qualität die restlichen 70 Prozent der Landesfläche ausweisen sollen.

Das hat Auswirkungen auf die laufende Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG). «Ein griffiges Gesetz ist notwendig, mit einem Instrument zur Förderung der Biodiversität», sagte Daniela Pauli, Leiterin des Forums Biodiversität Schweiz. «Der Stillstand bei der Schaffung neuer Schutzgebiete muss überwunden werden.» Der Bundesrat wird das revidierte NHG der Biodiversitätsinitiative als Gegenvorschlag gegenüberstellen. Die Initiative hat eine breite Trägerschaft von Umweltorganisationen.

Dafür muss der Wert der Natur definiert werden. Noch wird die Diskussion über eine solche Monetarisierung von Natur innerhalb der Umweltschutzorganisationen kontrovers geführt. Oberle selbst ist überzeugt von diesem Schritt: «Wenn wir den Schutz der Natur beschleunigen und verstärken wollen, benötigen wir eine Inwertsetzung.» Die internationale Gemeinschaft müsse Schäden und Risiken für die Natur bei Investitionen identifizieren, bemessen und in Rechnung

stellen können. Bei finanzschwachen Ländern unterstützt er den Vorschlag, für eine Leistung zugunsten des Biodiversitätsschutzes einen Schuldenerlass zu gewährleisten. «In den vergangenen Jahren hat die internationale Gemeinschaft hinsichtlich eines solchen Verfahrens viel gelernt, insbesondere durch die Klimadiskussion.» Die Kernfrage dazu ist eine wissenschaftliche: Wie wird die Wirkung und der Wert einer Leistung für mehr Artenvielfalt bemessen?